

Nach dem Bürgerkrieg - welche Zukunft für Sri Lanka?

Destradi, Sandra

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Destradi, S. (2009). *Nach dem Bürgerkrieg - welche Zukunft für Sri Lanka?* (GIGA Focus Asien, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Asien-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-286560>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Nach dem Bürgerkrieg – Welche Zukunft für Sri Lanka?

Sandra Destradi

Am 19. Mai 2009 verkündete die srilankische Regierung ihren Sieg über die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) und den Tod des Anführers, Velupillai Prabhakaran. Damit ging der seit 26 Jahren andauernde Bürgerkrieg in Sri Lanka vorerst zu Ende.

Analyse:

Die srilankische Regierung von Exekutivpräsident Mahinda Rajapaksa ist stärker denn je, nachdem sie nicht nur die LTTE besiegt hat, sondern auch auf der internationalen Ebene ihre Ziele erreichen konnte: Am 26. Mai lehnte der UN-Menschenrechtsrat die Forderung ab, mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen durch Regierungstruppen und LTTE aufzuklären. Rajapaksa spielte verschiedene Staaten – vor allem China und Indien – erfolgreich gegeneinander aus und schaffte sich dadurch während der militärischen Offensive und für die Phase des Wiederaufbaus große Freiräume.

- Die menschenrechtliche Lage in Sri Lanka ist weiterhin beunruhigend. Etwa 300.000 tamilische Flüchtlinge sind in vom Militär überwachten Lagern untergebracht, zu denen internationale Hilfsorganisationen keinen Zugang haben.
- Eine Hexenjagd nach mutmaßlichen Unterstützern der LTTE hat eingesetzt. Die Regierung nutzt ihre gestärkte Position, um sich politischer Gegner zu entledigen.
- Nach der Entscheidung im UN-Menschenrechtsrat haben westliche Länder noch geringere Einflussmöglichkeiten auf Sri Lanka. Das in dem Inselstaat einflussreichste Land bleibt China. Um sich nicht vollständig von diesem verdrängen zu lassen, bemüht sich die Regionalmacht Indien um gute Beziehungen zur srilankischen Regierung. Dazu ist sie zunehmend bereit, auf ihre traditionellen protamilischen Forderungen zu verzichten.
- Ein dauerhafter Frieden ist nur möglich, wenn es zu einer Versöhnung zwischen singhalesischer Mehrheit und tamilischer Minderheit kommt. Dazu müsste die Regierung die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit zulassen und im Rahmen einer Dezentralisierung den Tamilen breite Autonomie gewähren. Die bisherige singhalesisch-nationalistische Einstellung von Präsident Rajapaksa und die geringen Möglichkeiten der Tamilen, ihre Interessen angemessen zu vertreten, machen eine solche Lösung jedoch unwahrscheinlich.

Schlagwörter: Sri Lanka, Bürgerkrieg, Indien, China, Menschenrechte, LTTE

1. Das Ende des Bürgerkrieges

Am 3. Juni 2009 feierte die srilankische Regierung mit einer großen Parade ihren militärischen Sieg über die *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE), die Rebellenorganisation, die seit 1983 für einen unabhängigen Staat für die tamilische Minderheit im Nordosten Sri Lankas kämpfte. Die letzte Phase des Konfliktes, im April/Mai, war durch eine dramatische Zuspitzung der Ereignisse gekennzeichnet. Die LTTE, auf wenigen Quadratkilometern Dschungel eingekesselt, hatten Zehntausende Zivilisten als Schutzschild benutzt – jene tamilischen Zivilisten, die sie „befreien“ wollten. Die srilankische Regierung wiederum startete eine rücksichtslose Militäroffensive unter Einsatz schwerer Waffen in einem dicht besiedelten Gebiet und bezeichnete diese als „humanitäre Operation“ und „größte Geiselnbefreiung der Geschichte“. Bis zu 20.000 Zivilisten sollen dabei in wenigen Tagen getötet worden sein. Mit dem Tod des Rebellenführers Prabhakaran und seiner Stellvertreter am 18. Mai 2009 ging schließlich der Bürgerkrieg in Sri Lanka vorerst zu Ende.

2. Rückblick

Der ethnische Konflikt in Sri Lanka hat im Wesentlichen seine Wurzeln in der britischen Kolonialherrschaft. Da die Vertreter der tamilischen Minderheit über eine durchschnittlich höhere Bildung als die Singhalesen verfügten, wurden sie in die koloniale Verwaltung eingebunden und gewannen an Macht und Einfluss. Dies führte dazu, dass sich die singhalesische Mehrheit von den Briten indirekt diskriminiert sah. Sobald Ceylon, wie Sri Lanka bis 1972 hieß, im Jahr 1948 unabhängig geworden war, traten die ethnischen Spannungen zutage, die während der Kolonialherrschaft geschürt und gleichzeitig im Zaum gehalten worden waren, und die Singhalesen besetzten umgehend die wichtigsten Positionen im neu gegründeten Staat.

Bereits in den 1950er Jahren wurde Ethnizität zum wichtigsten Instrument politischer Mobilisierung in Ceylon. Seitdem versuchten die Singhalesen, Ceylon Schritt für Schritt in einen monolithischen singhalesisch-buddhistischen Staat zu verwandeln. Mit dem *Official Language Act* wurde 1956 Singhalesisch zur einzigen offiziellen Sprache Ceylons erklärt und 1972 wurde dem Buddhismus in der Verfassung ein „besonderer Status“ zugesprochen. In den 1970er Jahren begann die massive Dis-

kriminierung tamilischer Bewerber an den Universitäten, die zur wachsenden Unzufriedenheit und gleichzeitig zur allmählichen Radikalisierung der Tamilen beitrug. Neben mehreren tamilischen politischen Parteien bildeten sich in den 1970er Jahren auch eine ganze Reihe bewaffneter Rebellengruppen, die für die Selbstbestimmung der Tamilen und immer häufiger auch für einen eigenen Tamilenstaat kämpften. Die 1976 unter der Führung von Velupillai Prabhakaran gegründeten LTTE konnten sich bald gegen andere Gruppierungen durchsetzen und beanspruchten das alleinige Recht, die Tamilen Sri Lankas zu repräsentieren.

Der latente ethnische Konflikt mündete 1983 in einen Bürgerkrieg, nachdem tamilische Rebellen 13 Soldaten in einem Hinterhalt getötet hatten und es anschließend zu einem antitamilischen Pogrom kam, in den die Regierung selbst verwickelt gewesen sein soll (Bouffard/Carment 2006: 157). Der Bürgerkrieg, der in vier unterschiedlichen Phasen aufflammte (1. Eelam-Krieg Juli 1983 bis Juli 1987, 2. Eelam-Krieg Juni 1990 bis Januar 1995, 3. Eelam-Krieg April 1995 bis Februar 2002, 4. Eelam-Krieg August 2006 bis Mai 2009), war durch wiederholte, jedoch immer gescheiterte Vermittlungsversuche und Bemühungen um eine politische Lösung geprägt. Dies lag maßgeblich an der mangelnden Bereitschaft der LTTE, das Ziel eines unabhängigen Staates im Nordosten Sri Lankas aufzugeben, und an dem Unwillen unterschiedlicher srilankischer Regierungen, der tamilischen Minderheit umfangreiche Zugeständnisse zu machen.

1987 bemühte sich Indien darum, eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Mit dem indisch-srilankischen Abkommen vom 29. Juli 1987 wurde ein Waffenstillstand vereinbart und in dem von Tamilen bewohnten Nordosten wurde ein System von Provinzräten geschaffen. Gleichzeitig erklärte sich Indien bereit, eine Friedenstruppe (*Indian Peace Keeping Force – IPKF*) nach Sri Lanka zu entsenden, um den Waffenstillstand zwischen den Konfliktparteien zu sichern und die LTTE, wie im Vertrag vorgesehen, zu entwaffnen. Das Problem des indischen Vermittlungsversuchs bestand darin, dass die LTTE das indisch-srilankische Abkommen nicht mit unterzeichnet hatten. Obwohl die LTTE-Führung, die angeblich mit Indien beratende Gespräche führte (Dixit 2003: 68), bereit war, sich an den Waffenstillstand zu halten, befand sich die IPKF nach kurzer Zeit in einer militärischen Auseinandersetzung mit den LTTE. Das gescheiterte Eingreifen Indiens, das 1990 angesichts einer star-

ken Eskalation der Gewalt damit endete, dass sich die IPKF zurückzog, stellt Neu-Delhis eklatantesten Fall misslungener Regionalpolitik dar. Rajiv Gandhi, der während seiner Amtszeit als Premierminister die IPKF-Operation angeordnet hatte, fiel 1991 einem Attentat der LTTE zum Opfer. Seitdem ist Indien bemüht, sich aus dem Konflikt möglichst herauszuhalten.

Ein weiterer Vermittlungsversuch wurde von Norwegen unternommen. 2002 unterzeichneten die LTTE und die srilankische Regierung ein Waffenstillstandsabkommen, das formal bis Januar 2008 in Kraft blieb. Trotz anfänglich guter Voraussetzungen kam es seit 2005 zu immer heftigeren und häufigeren Verletzungen des Waffenstillstands, hauptsächlich durch die LTTE, welche die Zeit des Friedens genutzt hatten, um aufzurüsten. Die Zahl der Terroranschläge und der politischen Morde durch die LTTE nahm zu. Im August 2006 wurde schließlich eine neue Phase des Krieges eingeleitet, angetrieben vom neuen srilankischen Präsidenten, Mahinda Rajapaksa, der 2005 in einer Koalition mit radikal-nationalistischen singhalesischen Parteien gewählt wurde. Paradoxe Weise trug die LTTE durch einen Boykott der Wahl in den von ihr beherrschten Gebieten zu Rajapaksas Wahlsieg bei.

Die srilankische Regierung startete eine Militär-offensive, die sich bald als außerordentlich erfolgreich erwies. Die LTTE kontrollierten zu diesem Zeitpunkt ein Drittel des srilankischen Territoriums und hatten einen „Staat im Staate“ mit eigener Verwaltung, Polizei, Justiz usw. aufgebaut. Anfang 2007 wurde die gesamte östliche Provinz von srilankischen Regierungstruppen zurückerobert, und im Laufe des Jahres 2008 erzielte das srilankische Militär auch im Norden der Insel Erfolge. Als die Regierungstruppen in den nördlichen Distrikt von Kilinochchi eindringen, zogen sich die „Tiger“ zurück und zwangen etwa 200.000 tamilische Zivilisten, ihrem Rückzug zu folgen. Von diesem Zeitpunkt an diente die tamilische Bevölkerung den LTTE als Schutzschild gegen das Vorrücken der Armee. Am 2. Januar 2009 fiel schließlich die Stadt Kilinochchi, seit 1998 Verwaltungshauptstadt der LTTE, in die Hände der Regierungstruppen. Mit einer Reihe weiterer Vorstöße drängte die Armee die Rebellen in ein Dschungelgebiet im Nordosten Sri Lankas, das immer mehr schrumpfte. Im April hatte es sich auf nur 14 km² verkleinert. Zehntausende Zivilisten waren somit zwischen den Fronten gefangen. Es mangelte an Medikamenten, Wasser und Nahrungsmitteln.

Nachdem die Armee am 22. April 2009 einen von den LTTE errichteten Erdwall durchbrochen hatte, flohen etwa 115.000 Personen aus dem Kampfgebiet. Sie wurden unmittelbar in Regierungslagern interniert. Am 14. Mai wurden schließlich die letzten LTTE-Kämpfer und die Anführer der Rebellen auf 1,5 km² zurückgedrängt – nach Schätzungen der UN zusammen mit etwa 50.000 Zivilisten. In den letzten Tagen des Krieges wurden, laut unabhängiger Nachforschungen der Tageszeitung *The Times*,¹ 20.000 Menschen aus der Zivilbevölkerung getötet – größtenteils weil die Regierungstruppen schwere Waffen einsetzten. Nachdem am 16. Mai der letzte Küstenstreifen von der Armee erobert worden war, fanden am 18. und 19. Mai die letzten Kampfhandlungen statt, bei denen LTTE-Anführer Prabhakaran und andere Rebellenführer getötet wurden.

3. Analyse: Innenpolitische und internationale Faktoren

Der Konflikt in Sri Lanka galt lange Zeit, (auch) auf der rein militärischen Ebene, als kaum lösbar. Dazu trug die Fähigkeit der LTTE bei, sich immer erneut zu regenerieren und sogar einer starken Armee wie der indischen schwere Verluste zuzufügen. Die militärische Niederlage einer Rebellenorganisation, die bis vor wenigen Jahren noch als nahezu unbesiegbar galt, ist durch innenpolitische und internationale Faktoren begründet.

Auf der innenpolitischen Ebene war die Wahl von Mahinda Rajapaksa zum Exekutivpräsidenten Sri Lankas im Jahr 2005 die entscheidende Voraussetzung, um härter gegen die LTTE vorzugehen. Während sich seine Vorgängerin, Chandrika Kumartunga, für den Friedensprozess eingesetzt hatte, bildete Rajapaksas *Sri Lanka Freedom Party* (SLFP) eine Koalition mit zwei radikalen singhalesisch-buddhistischen Parteien, der *Janatha Vimukthi Peramuna* (JVP) und der *Jathika Hela Urumaya* (JHU). Beide Parteien waren gegen jegliche Zugeständnisse an die LTTE und vertraten die Position, bei der Krise in Sri Lanka handele es sich nicht um einen ethnischen Konflikt, sondern um eine terroristische Bedrohung der territorialen Einheit und Souveränität Sri Lankas. Seit 2005 waren demnach in Colombo politische Kräfte an der Macht, die sich als Vor-

¹ Vgl. Philip, Catherine (2009): „The hidden massacre: Sri Lanka's final offensive against Tamil Tigers“, Times online, 29.05.2009, www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article6383449.ece (Zugriff am 30.05.2009).

aussetzung für jegliche politische Lösung das Ziel setzten, die LTTE militärisch zu vernichten. Rajapaksa errichtete zudem ein durch Nepotismus geprägtes, nahezu autoritäres Regime, das es ihm ermöglichte, über demokratische Verfahren hinweg wichtige Entscheidungen zu fällen. Um seine Koalitionspartner zufrieden zu stellen, verteilte Rajapaksa über hundert Ministerposten. Einige der bedeutendsten Ministerien – Verteidigung, Finanzen und Nationsbildung – übernahm Mahinda Rajapaksa jedoch selbst; einen seiner Brüder ernannte er außerdem zum Verteidigungssekretär, einen anderen Bruder machte er zu seinem Sondergesandten und einem dritten bescherte er das Ministerium für Fischerei, Wasserressourcen, Häfen und Luftfahrt (ICG 2007: 21). Eine weitere Schlüsselfigur war der Armeechef Sarath Fonseka, der 2006 selbst beinahe einem Attentat durch die LTTE zum Opfer gefallen wäre. Durch diese innenpolitische Konstellation waren die Weichen für einen Kampf gestellt, um die LTTE zu vernichten.

Mindestens genauso stark wie der innenpolitische Wandel in Colombo spielten internationale Akteure eine Rolle in dem Konflikt, sowohl bei der Schwächung der LTTE als auch bei der Stärkung der Regierung:

1. Die internationale Gemeinschaft war zunehmend verärgert wegen des Verhaltens der LTTE. Die wiederholten Versuche der „Tiger“, Waffenstillstandsabkommen zu nutzen, um Kräfte zu sammeln und aufzurüsten, sowie deren unzuverlässiger Verhandlungsstil und deren Unwille, die Vorstellung einer Sezession aufzugeben, waren dabei maßgebliche Faktoren.
2. Präsident Rajapaksa wusste die Sensibilisierung nach den Anschlägen vom 11. September 2001 gegenüber Fragen des Terrorismus zu nutzen, um die internationale Gemeinschaft auf seine Seite zu ziehen, indem er die LTTE verstärkt als Terrororganisation – und seinen Krieg als Kampf gegen den Terrorismus – darstellte. Demzufolge wurden die LTTE in vielen Ländern, u. a. in Kanada, Australien und der EU, als Terrororganisation verboten.² Razzien gegen das Netzwerk der LTTE, z. B. in Frankreich, trugen dazu bei, den Zufluss an Finanzmitteln aus der tamilischen Diaspora an die LTTE drastisch zu verringern.

² In den USA war die LTTE schon 1997 als terroristische Organisation verboten worden, in Indien bereits 1991 nach dem Anschlag auf Rajiv Gandhi.

3. Rajapaksa spielte geschickt verschiedene Staaten gegeneinander aus, um sich deren militärische, wirtschaftliche und diplomatische Unterstützung zu sichern.

4. China und Indien

Der Bürgerkrieg in Sri Lanka wurde, vor allem in den letzten zwei bis drei Jahren, zum machtpolitischen Schlachtfeld der zwei asiatischen Großmächte China und Indien. China versucht seit einigen Jahren in verschiedenen südasiatischen Ländern an Einfluss zu gewinnen. Sri Lanka gewährte China das Recht, Bohrungen zur Offshore-Erkundung von Erdölvorkommen durchzuführen. Im Süden Sri Lankas, in Hambantota, bauen chinesische Unternehmen einen Hafen sowie eine Erdöl-Tankanlage, die den Frachtschiffen und Tankern auf der Route vom persischen Golf nach China als Zwischenstopp dienen soll. Hinzu kommt, dass China Sri Lankas größter Handelspartner, Investor und Geber von Entwicklungsgeldern ist.

Indien verfolgt mit Unbehagen Chinas Strategie, eine „Perlenkette“ von Stützpunkten im Indischen Ozean zu schaffen, und die wachsende chinesische Präsenz in Nachbarstaaten wie Bangladesch, Myanmar und Nepal.³ Der Versuch, den chinesischen Einfluss auf Sri Lanka einzuschränken, brachte die Regionalmacht Indien dazu, während des Bürgerkrieges eine inkonsequente und erfolglose Politik gegenüber Sri Lanka zu verfolgen. Indien konnte sich einerseits nicht als Vermittler engagieren, da ein solcher Versuch bereits 1987 gescheitert und die LTTE nach dem Mord an Rajiv Gandhi als Terrororganisation verboten worden war und somit keinen Dialogpartner darstellen konnte. Andererseits hatte Indien nur begrenzte Möglichkeiten, Sri Lanka militärisch zu unterstützen, weil dies starke Proteste im Bundesstaat Tamil Nadu hervorgerufen hätte, dessen Bevölkerung und Parteien das Schicksal der srilankischen Tamilen mit Besorgnis verfolgten.⁴ Nachdem sich die indische Regierung seit der Zeit der norwegischen Vermittlung zunächst stets für eine friedliche Lösung des ethnischen Konfliktes ausgesprochen hatte, begann Neu-Delhi 2007 sich

³ Vgl. z. B. Kumar (2006); Stobdan (2008).

⁴ Hinzu kam, dass die Partei *Dravida Munnetra Kazhagam* (DMK) aus Tamil Nadu auf Bundesebene seit 2004 der Regierungskoalition *United Progressive Alliance* (UPA) angehörte. Als wichtiger Koalitionspartner übte die DMK erheblichen Druck auf die Zentralregierung aus, um sie dazu zu bringen, das Schicksal der srilankischen Tamilen zu berücksichtigen.

stärker der srilankischen Regierung anzunähern. Dies mag zum großen Teil mit dem Versuch zusammenhängen, Chinas Einfluss auf Sri Lanka einzudämmen. Der Unmut Neu-Delhis über die chinesische (und pakistanische) Präsenz in Sri Lanka kam im Mai 2007 zutage, als der indische Nationale Sicherheitsberater Narayanan sich öffentlich darüber aufregte, dass Sri Lanka Waffen aus China und Pakistan kaufe: „Wir sind die Großmacht in dieser Region. Das sollten wir klarstellen. Wir sind der festen Überzeugung, dass die srilankische Regierung zu uns kommen sollte, wenn sie Bedürfnisse hat. Wir halten es nicht für gut, dass sie zu China oder Pakistan oder anderen Ländern geht.“⁵ Obwohl Indien aufgrund des politischen Drucks aus Tamil Nadu keine Waffen an Sri Lanka verkaufte, begann es 2007 sich stärker zu engagieren. Es lieferte Radarsysteme und „nichtoffensive“ Waffen und wirkte bei Patrouillen in der Palk-Straße und bei Razzien gegen das LTTE-Netzwerk in Tamil Nadu mit, die maßgeblich dazu beitrugen, die Rebellenorganisation zu schwächen. Zudem trainierte Indien srilankische Truppen, u. a. in Guerrilla-Kampftechniken. Für den Wiederaufbau nach dem Ende des Konfliktes hat Indien der srilankischen Regierung Unterstützung versprochen. Hinzu kommt, dass Indien zu den Ländern zählte, die Sri Lanka im UN-Menschenrechtsrat unterstützten. Diese Abkehr Indiens von seiner traditionellen Sorge um die tamilische Bevölkerung Sri Lankas und die Anbiederung an eine Regierung, die auch in Neu-Delhi mit Skepsis gesehen wird, zeugen von Indiens Versuch, im Konkurrenzkampf mit China nicht weiter an Einfluss auf Sri Lanka zu verlieren.⁶

5. Die menschenrechtliche Lage

So wie der Krieg unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurde, da unabhängige Journalisten und Hilfsorganisationen keinen Zugang zum Kampfgebiet hatten, ist nun auch für externe Beobachter und humanitäre Organisationen der Zugang zu den Flüchtlingslagern verboten oder, im Falle der UN, stark eingeschränkt. In den mit Stacheldraht abgezaunten und vom Militär überwachten Lagern sind

⁵ Zitiert nach: „Centre considering unified command for armed forces“, in: The Hindu, 01.06.2007, www.hindu.com/2007/06/01/stories/2007060108050100.htm [08.04.2009] (Übersetzung: S. D.).

⁶ Vgl. „India set to counter China’s influence in Sri Lanka“, in: The Times of India, 20.05.2009, <http://timesofindia.indiatimes.com/India/India-set-to-counter-Chinas-influence-in-Lanka/articleshow/4553638.cms> (Zugriff am 04.06.2009).

mittlerweile etwa 300.000 tamilische Flüchtlinge untergebracht. Die humanitäre Lage soll Berichten zufolge katastrophal sein. Menschenrechtsorganisationen vermuten, dass die „Überprüfung“ der Flüchtlinge auf der Suche nach untergetauchten LTTE-Kämpfern unter Folter geschieht. Schon vor Ende des Krieges hatte sich, vor allem in der tamilischen Diaspora, die Befürchtung verbreitet, die srilankische Regierung betreibe Völkermord an der tamilischen Minderheit. In diesem Zusammenhang war es wiederholt zu Protesten tamilischer Migranten gekommen, u. a. in Großbritannien, Kanada, den USA und auch in Deutschland. Der britische und der französische Außenminister waren daraufhin Ende April nach Sri Lanka gereist, um auf die Regierung einzuwirken und einen Waffenstillstand im Interesse der Zivilbevölkerung zu fordern – allerdings erfolglos. Die srilankische Regierung schloss einen Waffenstillstand aus und verdächtigte die Außenminister, die übrig gebliebenen LTTE-Kämpfer retten zu wollen.⁷ Einen Tag nach dem Besuch wies Präsident Rajapaksa darauf hin, er lasse sich nicht von westlichen Regierungsvertretern belehren.

Trotz massiven internationalen Drucks – u. a. durch UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, der wiederholt seine Besorgnis wegen der humanitären Lage kundtat und den Zugang internationaler Hilfsorganisationen zum Kampfgebiet verlangte, setzte Rajapaksa seine Politik fort. Auch die Forderung von US-Präsident Obama, den wahllosen Beschuss der Zivilbevölkerung zu beenden, konnte nichts bewirken.

Am 26. Mai 2009 wurde auf Nachfrage der EU im UN-Menschenrechtsrat über die Lage in Sri Lanka abgestimmt. Die UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay hatte die Befürchtung geäußert, in der letzten Phase des Konfliktes sei es seitens der LTTE zur Zwangsrekrutierung von Kindersoldaten und zum Missbrauch der Zivilbevölkerung gekommen – und die Armee habe weiterhin auch jene Gebiete beschossen, in denen sich Tausende Zivilisten aufhielten. Der von Deutschland eingebrachte Resolutionsentwurf, der auf einer unabhängigen Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen durch LTTE und Regierungstruppen bestand, wurde allerdings vom UN-Menschenrechtsrat abgelehnt. Stattdessen wurde ein von Sri Lanka ausgearbeiteter Entwurf angenommen, in dem, unter Berufung auf

⁷ Vgl. Beaumont, Peter (2009): „IMF under pressure to delay Sri Lanka’s \$1.9bn aid loan“, in: The Guardian, 01.05.2009, www.guardian.co.uk/world/2009/may/01/imf-aid-sri-lanka-tamil-tigers (Zugriff am 03.06.2009).

das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen wird, den Wiederaufbau zu unterstützen. In dem Dokument wird die srilankische Regierung für die Befreiung Zehntausender Zivilisten und ihren Willen, eine politische Lösung zu finden, gelobt. Eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen durch die Regierung wird in dem Resolutionstext nicht in Betracht gezogen, allein der Missbrauch von Zivilisten als Schutzschild seitens der LTTE wird verurteilt. Internationalen Hilfsorganisationen wird der Zugang zu den Flüchtlingslagern zwar ermöglicht – allerdings nur in den Fällen und zu dem Zeitpunkt, welche die srilankische Regierung für angemessen hält.⁸ Die Resolution, mit der die srilankische Regierung verhindert, dass ihre eigenen Kriegsverbrechen untersucht werden, und die ihr Spielraum im Umgang mit den Flüchtlingen geschaffen hat, wurde u. a. von Ländern wie China, Pakistan, Indien, Russland, Kuba sowie einer Reihe afrikanischer und arabischer Staaten befürwortet.

Die gestärkte srilankische Regierung nutzt die Gunst der Stunde und ihren „Sieg über den Terrorismus“, um ihre Kritiker auszuschalten. Durch neue Visaregelungen versucht die Regierung z. B. zahlreiche Mitarbeiter internationaler Hilfsorganisationen auszuweisen, die als Sympathisanten der LTTE gelten.⁹ Auch die Pressefreiheit, die bereits 2006 eingeschränkt wurde, hat schweren Schaden gelitten. So hat der srilankische Armeechef Sarath Fonseka angekündigt, alle Journalisten, welche die von der LTTE besetzten Gebiete besucht haben, strafrechtlich verfolgen zu wollen.¹⁰ Zudem wächst die Zahl der Berichte über Entführungen und Einschüchterungen von Journalisten, Richtern und anderen Personen, die während des Krieges das Vorgehen der Regierung kritisiert hatten. Außerdem hat die srilankische Regierung den Notstand noch nicht aufgehoben, und im Rahmen eines besonders harten Antiterrorgesetzes sitzen zurzeit über 9.000 mutmaßliche LTTE-Kämpfer und -Unterstützer in

Untersuchungshaft. Forderungen von Menschenrechtsorganisationen, zu gewährleisten, dass die Demobilisierung und Wiedereingliederung ehemaliger LTTE-Kämpfer transparent ablaufe, hat die Regierung bisher ignoriert.

6. Ausblick: Dauerhafter Frieden?

Der militärische Sieg der Regierung über die LTTE bedeutet noch längst nicht, dass es zu einem dauerhaften Frieden auf Sri Lanka kommen wird. Die erste Herausforderung für die srilankische Regierung wird darin bestehen, die Flüchtlinge aus den nordöstlichen Distrikten des Landes möglichst schnell wieder in ihren Heimatorten anzusiedeln. Dass sich Präsident Rajapaksa dafür eine Frist von nur sechs Monaten gesetzt hat, ist kaum realistisch. Im Nordosten ist die gesamte Infrastruktur zerstört, und große Gebiete müssen entminiert werden. Dazu erhofft sich die srilankische Regierung großzügige Unterstützung aus dem Ausland.

Die Voraussetzung für einen langfristigen Frieden ist, eine politische Lösung zur Dezentralisierung auszuarbeiten und durchzusetzen, die den Ansprüchen der tamilischen Minderheit gerecht wird. Seit dem Ende des bewaffneten Konfliktes betont Präsident Rajapaksa immer wieder, der Krieg sei gegen die LTTE, nicht jedoch gegen die Tamilen geführt worden. Im Gegenteil, die srilankischen Truppen hätten „ihr Leben geopfert, um das unschuldige tamilische Volk aus den Klauen der LTTE zu befreien“.¹¹ Rajapaksa verspricht, er werde sich um die Rechte der Tamilen kümmern und es werde keine Mehrheiten und Minderheiten mehr geben, sondern nur noch gleichberechtigte srilankische Bürger.

Allerdings ist zu befürchten, dass es bei diesen Lippenbekenntnissen bleiben wird. Zum einen wird die unwürdige Behandlung der tamilischen Flüchtlinge wohl kaum zu einer Versöhnung der beiden Gemeinschaften führen, zum anderen hat die geschwächte und vertriebene Minderheit keine Gelegenheit, ihre politischen Interessen adäquat zu vertreten. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird die Regierung einen Vorschlag ausarbeiten, ohne Vertreter der Tamilen „auf gleicher Augenhöhe“ in den Entscheidungsprozess einzubeziehen. Eine föderale

⁸ Vgl. United Nations, General Assembly, Human Rights Council, Eleventh Special Session, 26.05.2009, A/HRC/S-11/2, verfügbar unter www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/specialsession/11/index.htm (Zugriff am 03.06.2009).

⁹ Vgl. Page, Jeremy (2009): „Aid workers forced to leave Sri Lanka under strict new visa rules“, in: Times online, 03.06.2009, www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article6418015.ece (Zugriff am 04.06.2009).

¹⁰ Vgl. Philip, Catherine (2009): „Press freedom campaigner beaten as Sri Lanka tries to silence the media“, in: Times online, 02.06.2009, www.timesonline.co.uk/tol/news/world/asia/article6410765.ece (Zugriff am 04.06.2009).

¹¹ „Address by President Mahinda Rajapaksa at the Victory Day Parade to pay national tribute to the Security Forces following the defeat of terrorism, Galle Face Green Colombo, June 03, 2009“, verfügbar unter www.hindu.com/nic/victory_day_speech_june_03_2009.pdf.

Lösung ist für Rajapaksa, der sich schon in seinem Wahlprogramm 2005 zum Erhalt des Einheitsstaates bekannt hatte, völlig ausgeschlossen. Eine administrative Zusammenlegung der nördlichen und östlichen Provinz – eine langjährige Forderung auch moderater Tamilen – ist ebenfalls undenkbar. Die zwei Provinzen wurden mit dem indisch-srilankischen Vertrag von 1987 zusammengelegt und erst 2006 nach einem Urteil des obersten Gerichtes erneut getrennt. Rajapaksa hat sich nach dem Sieg über die LTTE zu einer Dezentralisierung nach dem 13. Zusatz der srilankischen Verfassung bekannt. Diese mit dem indisch-srilankischen Vertrag von 1987 beschlossene, aber nie vollständig implementierte Verfassungsänderung sieht ein System von Provinzräten vor. Ob Rajapaksa aber tatsächlich den mehrheitlich von Tamilen bewohnten Provinzen große Autonomie gewähren wird, ist fraglich. Dagegen sprechen Rajapaksas Versuche im Jahr 2007, den Entscheidungsprozess zur Dezentralisierung über einen so genannten All-Parteien-Ausschuss – in dem letztendlich doch ausschließlich Regierungsparteien vertreten waren – zu verlangsamen (ICG 2007: 25). Dieser Ausschuss erarbeitete letztlich einen Vorschlag, der lediglich die Distrikte und nicht die Provinzen als Dezentralisierungseinheiten vorsah (Reddy 2008).

Für den srilankischen Staat insgesamt bergen die gestärkte Position Rajapaksas und seiner Vertrauten sowie die Aufwertung des Militärs nach dem Sieg über die LTTE die Gefahr, dass demokratische Prinzipien weiter „ausgehöhlt“ werden. Ob es dauerhaft zum Frieden auf Sri Lanka kommt, hängt auch von der Fähigkeit der LTTE ab, sich nach dem Tod Prabhakarans erneut zu organisieren. Dies ist im Ausland am wahrscheinlichsten, da es in der tamilischen Diaspora viele Sympathisanten der LTTE gibt, die durch die Berichte über das Schicksal der tamilischen Flüchtlinge mobilisiert werden könnten. In Sri Lanka selbst ist hingegen ein Wiederaufleben der LTTE kurzfristig unwahrscheinlich, zumal der Chef der srilankischen Armee am 27. Mai angekündigt hat, die Armee um 100.000 Mann auf dann 300.000 aufstocken zu wollen. Damit soll verhindert werden, dass sich die LTTE neu bildet (Reddy 2009).

Literatur

- Bouffard, Sonia/Carment, David (2006): The Sri Lanka Peace Process: A Critical Review, in: *Journal of South Asian Development*, 1 (2), S. 151-177.
- Dixit, Jyotindra Nath (2003): Sri Lanka, in: Dixit, Jyotindra Nath (Hg.): *External Affairs: Cross-Border Relations*, New Delhi, S. 47-96.
- International Crisis Group (ICG) (2007): Sri Lanka: Sinhala Nationalism and the Elusive Southern Consensus, *Asia Report*, Nr. 141.
- Kumar, Amit (2006): A New Balance of Power Game in the Indian Ocean: India gears up to tackle Chinese influence in Maldives and Sri Lanka, *IDSAs Strategic Comment*, 24.11., www.idsa.in/publications/stratcomments/AmitKumar241106.htm (Zugriff am 03.06.2009).
- Reddy, Muralidhar B. (2008): Pressured to act, in: *Frontline*, 25 (03), www.frontlineonnet.com/fl2503/stories/20080215250302800.htm (Zugriff am 30.04.2009).
- Reddy, Muralidhar B. (2009): The war is over, in: *Frontline*, 26 (12), www.frontline.in/stories/20090619261200400.htm (Zugriff am 04.06.2009).
- Stobdan, Phunchok (2008): Chinese Checkers in the Himalayas, *IDSAs Strategic Comment*, 13.06., www.idsa.in/publications/stratcomments/PStobdan130608.htm (Zugriff am 03.06.2009).

■ Die Autorin

Sandra Destradi ist Politikwissenschaftlerin und Doktorandin an der Universität Hamburg und am GIGA. Sie ist Mitglied im *Regional Powers Network* (RPN).

E-Mail: destradi@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/destradi>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes 2 „Gewalt und Sicherheit“ hat das GIGA das neue Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse“ eingerichtet.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Betz, Joachim (2006): Sri Lanka, in: *Wirtschaftshandbuch Asien-Pazifik 2006/2007*, Hamburg, S. 467-483.

Stachoske, Bianca (2007): Ein neuer Friedenskurs für Sri Lanka?, in: *Asien*, Nr. 103 (April), S. 88-97.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden www.giga-hamburg.de/giga-focus und darf gemäß den Bedingungen der *Creative Commons-Lizenz Attribution No-Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Asien wird vom GIGA Institut für Asien-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Andreas Ufen; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler; Lektorat: Vera Rathje
Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Asien-Studien

IMPRESSUM